

In dieser Ausgabe:

- ❖ **EU:** QUALITÄTSSICHERUNG SCHREITET VORAN
- ❖ **EU** WILL FRAUEN FÜR TECHNIK BEGEISTERN
- ❖ **EU** KLAGT GEGEN DISKRIMINIERUNG AUSLÄNDISCHER STUDENTEN
- ❖ **BELGIEN:** FLANDERNS BILDUNG – TEURE KRISE, BILLIGE VERSPRECHEN
- ❖ **DEUTSCHLAND:** BILDUNGSPLANUNG NACH DER WAHL
- ❖ GLÄNZENDE ZAHLEN: DAS **FRANZÖSISCHE** HOCHSCHULBUDGET 2010
- ❖ **FRANKREICH:** FÄKALIEN ZUM PROTEST GEGEN DIE HOCHSCHULREFORM
- ❖ **GRIECHENLAND:** NEUBEGINN IN DER HOCHSCHULPOLITIK MIT PAPANDREOU?
- ❖ **GROSSBRITANNIEN** VON CHINA BEIM SCHREIBEN VON FORSCHUNGSARBEITEN ÜBERHOLT
- ❖ **IRLAND** ENTSCHIEDET ZUNÄCHST GEGEN KÜRZUNGEN IN DER BILDUNG
- ❖ **ITALIEN:** VORSCHLAG EINER NATIONALEN FORSCHUNGSAGENTUR
- ❖ **ÖSTERREICH:** SORGENKIND BACHELOR
- ❖ WIEVIEL BILDUNG BRAUCHT DIE **SCHWEIZ?**
- ❖ **SCHWEIZ:** STUDENTEN BEWERTEN DEN BOLOGNAPROZESS
- ❖ **TSCHECHIEN:** MAFIÖSER TITELHANDEL



Was Bologna braucht

*Ein europäisches Editorial von David Baldinger**

Der Bolognaprozess bietet eine umfangreiche Palette von Gestaltungsinstrumenten. Er zwingt zur Reflexion über die Lehre und ihre Vermittlung und greift damit ein Thema auf, das an vielen Hochschulinrichtungen lange vernachlässigt wurde. Ob und wie Institutionen dieses Potential nützen, hängt von den ihnen gegebenen Rahmenbedingungen wie auch von ihren eigenen Möglichkeiten ab.

Lesen Sie weiter am Ende dieses Bulletins

EU KLAGT GEGEN DISKRIMINIERUNG AUSLÄNDISCHER STUDENTEN

Die Europäische Kommission leitet ein Verfahren gegen Italien wegen der Diskriminierung ausländischer Studenten ein. Anlass ist eine Ausschreibung von Studentenwohnungen in Mailand seitens der lombardischen Provinz Sondrio, die die italienische Staatsbürgerschaft und einen vorherigen Aufenthalt in Italien von mindestens fünf Jahren zur Bedingung macht.

Der Europäischen Kommission zufolge verstoßen diese zwei Voraussetzungen gegen das Freizügigkeitsrecht der Gemeinschaft, wonach Wanderarbeitern dieselben sozialen Vergünstigungen gewährt werden müssen wie Inländern. Italien hat jetzt zwei Monate Zeit, auf die Beschwerde zu reagieren.

Ebenfalls am 8. Oktober hat die EU Klage gegen die Niederlande erhoben, die Auslandsstipendien davon abhängig machen, schon sechs Jahre im Land zu leben (siehe *Bulletin N°030 – 8.7.09*). [792]

Pressemitteilungen der Europäischen Kommission, 08.10.2009: [Italien](#) | [Niederlande](#)

EU WILL FRAUEN FÜR TECHNIK BEGEISTERN

Ein kleiner Freudenjauchzer bedeutet die Mitteilung der EU, dass 28 Unternehmen sich verpflichtet haben, einen höheren Frauenanteil im Technologiesektor anzustreben.

Vor einem halben Jahr hat die EU einen Kodex für vorbildliche Frauenförderung lanciert, der in Initiativen der Ermutigung wie Mentoring-Programme und Tage der offenen Tür besteht oder auch darin, verstärkt (junge) Frauen einzustellen und ihnen flexible Arbeitszeiten zu bieten. Auch die Förderung von Frauen, damit sie in die Leitungsebenen aufsteigen können, gehört dazu, denn nur 7 % der Chefs der 116 größten europäischen Technologieunternehmen sind weiblich.

Die für Informationsgesellschaft und Medien zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding möchte den Frauenanteil in der Informations- und Kommunikationstechnologie-Branche bis 2015 gern verdoppeln und appellierte an die gesamte Branche, „den Kodex rasch zu unterzeichnen und umzusetzen.“ [910]

Pressemitteilung der EU, 08.10.2009 | Das neue [Online-Verzeichnis](#) für Frauen im IKT-Sektor



Viviane Reding, geb. 1951,
EU-Kommissarin für Informations-
gesellschaft und Medien seit 2004

DIE EUROPÄISCHE QUALITÄTSSICHERUNG MACHT FORTSCHRITTE

Die Europäische Kommission meldet Fortschritte bei der Qualitätssicherung (QS) im Europäischen Hochschulraum. In fast allen 46 Ländern gibt es inzwischen nationale QS-Agenturen, und die Standards und Leitlinien für die Qualitätssicherung werden zusehends bekannter.

Die Vereinheitlichung der Bewertungsmaßstäbe für Studium und Lehre macht, so Ján Figel', der EU-Kommissar für Ausbildung, Kultur und Jugend, „die Hochschulbildung für Bürger, Arbeitgeber und Studierende innerhalb und außerhalb Europas transparenter und glaubwürdiger“, sie fördere die Mobilität

und stärke die EU auf dem globalen Bildungsmarkt.

Der jetzt erschienene erste Dreijahresbericht zur QS streicht auch heraus, dass sie der Entwertung von Hochschulen als „Diplomfabriken“ entgegen wirkt. Der Bericht empfiehlt u. a., den Hochschulen mehr Autonomie zu verleihen, damit sie sich auch von ausländischen Agenturen akkreditieren lassen können. [910]

Zum [Bericht](#) der Europäischen Kommission zur Qualitätssicherung, 24.09.2009

FLANDERNS BILDUNG – TEURE KRISE, BILLIGE VERSPRECHEN



Pascal Smet, geb. 1967,
Flämischer Minister für Bildung
und Ausbildung seit Juli 2009

Die Krise hat in Flanderns Staatskasse ein Loch von 1,6 Mrd. gerissen. Auch die Bildung ist davon betroffen, weswegen dem zuständigen Ministerium bis 2010 rund 72 Mio. Euro bzw. 0,8 % und bis 2011 weitere 142 Mio. Euro bzw. 1,5 % weniger zur Verfügung stehen. Der flämische Finanzminister hatte zwar zuerst höhere Kürzungen angekündigt, was Bildungsminister Pascal Smet jedoch Ende September korrigierte.

Interessanterweise versprach Smet am 1. Oktober auf seiner Eröffnungsrede zum Semesterbeginn an der Universität Gent, das Hochschulbudget bis zum Ende seiner Legislaturperiode um 10 % zu erhöhen.

Woher die Mittel kommen sollen, verriet er nicht, sein Büro ließ aber auf Anfrage von ESNA verlauten, dass er am Ende dieses Monats eine neue Bildungsstrategie vorstellen werde. [778]

[Pressemitteilung](#) des Bildungsministeriums, 01.10.2009 (auf Niederländisch)

DEUTSCHLAND: BILDUNGSPLANUNG NACH DER WAHL

Zwei Wochen nach der deutschen Bundestagswahl diskutieren die CDU und FDP heiß über die bildungspolitischen Ziele der kommenden Legislaturperiode. Weder über die Besetzung des Ministeriums, noch über die großen, 18 Mrd. Euro schweren Hochschul- und Forschungsprogramme wurde bisher eine Einigung erzielt.

Umstritten ist das Stipendienprogramm für exzellente Studenten, mit dem die liberale FDP die besten zehn Prozent unabhängig vom Elterneinkommen fördern will, ebenso wie die Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes (das dem Bund Autorität über Lehr- und Lernstrukturen verleiht) zugunsten von mehr Hochschulautonomie und -wettbewerb. Auch die Weiterführung von Hochschulpakt und Exzellenzinitiative sind noch unsicher.

Die Hochschulrektorenkonferenz forderte von der neuen Regierung eine BAFÖG-Erhöhung und eine Föderalismusreform; die Deutsche Forschungsgemeinschaft hofft auf mehr Freiräume sowie einen Tarifvertrag für die Wissenschaft. [942]

Ziele und Versprechen der Parteien vor der Wahl: [CDU und SPD](#) | [Grüne, Linke und FDP](#),
Bildungserver, 11. + 16.09.2009

GLÄNZENDE ZAHLEN: DAS FRANZÖSISCHE HOCHSCHULBUDGET 2010

Während die meisten französischen Ministerien sich mit ihrer Haushaltsplanung noch bedeckt halten, stellt Valerie Pécresse mit Begeisterung die ihre vor: Das Budget für Hochschule und Forschung soll in 2010 um 5,3 % auf insgesamt 29,171 Mrd. Euro steigen.

Die Mittel sollen dazu verwendet werden, die großen Reformen im Hochschul- und Forschungsbereich weiterzuführen, Studentenbeihilfen zu erhöhen und akademische Laufbahnen attraktiver und transparenter zu gestalten.

Sauvons la Recherche kritisierte das Budget und machte auf verschwiegene und beschönigte Elemente aufmerksam. Der Analyse des Vereins zufolge sollen mehr als die Hälfte der für 2010 angerechneten Gelder schon in diesem Jahr an die Institutionen geflossen sein. „Für das große Publikum (...) ist alles manipuliert, damit wir glauben sollen, dass wir von Milliardenbeträgen erschlagen werden“, heißt es in der Pressemitteilung der kritischen Forscher. [919]

[Bekanntmachung](#) des Hochschulministeriums, 01.10.2009 | [Pressemitteilung](#) von Sauvons la recherche, 03.10.2009 (beide auf Französisch)

FRANKREICH: FÄKALIEN ZUM PROTEST GEGEN DIE HOCHSCHULREFORM

Mit einer radikalen Aktion hat eine Gruppe von Studenten im bretonischen Rennes auf die problematische Lage an Frankreichs Hochschulen aufmerksam gemacht.

Während auch in anderen Regionen Studentenproteste für Oktober und November angekündigt wurden, nutzte eine Gruppe von Studenten der Universität Rennes II die Eröffnungsfeier des akademischen Jahres, um ihrem Rektor Marc Gontard einen Eimer Kot über den Kopf zu gießen.

Der böse Streich macht deutlich, dass der Start ins neue Semester für einen Teil der 2,2 Mio. französischen Studenten keinesfalls Routine ist und dass die Wut über die Unwilligkeit der Regierung, bei ihren Reformen demokratische Mitsprache zuzulassen, weiter schwelt. Nur die das Semester entscheidenden Prüfungen hatten zum Abbruch der monatelangen Proteste im Sommer geführt. [802]

[Video](#) des Anschlags auf den Rektor von Rennes II, 01.09.2009 | [Beitrag](#) zum „heißen“ Semesterstart in LE MONDE, 05.10.2009 (auf Französisch)

NEUBEGINN IN GRIECHENLANDS HOCHSCHULPOLITIK?

Der klare Wahlsieg des Sozialisten Giorgios Papandreou lässt einen fundamentalen Neubeginn in der griechischen Bildungs- und Hochschulpolitik erwarten. Der neue Premier hat Anna Diamatopoulou zur neuen Bildungsministerin ernannt, sie war 1999-2004 EU-Kommissarin für Beschäftigung und Soziales und hat im letzten Jahr gemeinsam mit anderen Experten am Entwurf der allgemeinen Hochschulzulassung mitgearbeitet (*siehe Bulletin*)



Anna Diamantopoulou, geb. 1959,
griechische Ministerin für Bildung,
lebenslanges Lernen und
Religionsfragen seit Okt. 2009

N°008 – 4.2.09). Bemerkenswert ist auch, dass weitere acht Frauen für das neue Kabinett berufen wurden.

Mit Spannung wird erwartet, was Papandreou, der schon zweimal Bildungsminister war, verwirklichen kann: Vor der Wahl versprach er, umgehend 1 Mrd. Euro für die Bildung bereitzustellen und in den nächsten vier Jahren das Budget für Bildung auf 5 % und für Forschung auf 2 % des Inlandsprodukts anzuheben. [800]

GROSSBRITANNIEN VON CHINA BEIM SCHREIBEN VON FORSCHUNGSARBEITEN ÜBERHOLT

England fällt in der Weltrangliste der Forschungspublikationen erstmals hinter China auf Platz 3. Trotz rund 91.000 Veröffentlichungen in 2008 konnte das Vereinigte Königreich mit dem bevölkerungsreichsten Land der Welt nicht mehr mithalten, das in den letzten zehn Jahren seinen wissenschaftlichen Output

evidence

vervierfacht hat. Aus China kamen in 2008 mehr als 110.000 wissenschaftliche Publikationen – allein 30.000 mehr als im Vorjahr. Weiterhin führend sind die USA, aus denen knapp 30 % der internationalen Produktion stammen.

Der Jahresbericht des britischen Analyseinstituts *Evidence* vermerkt einen „außerordentlichen“ Anstieg von wissenschaftlichen Texten zudem in Brasilien, Indien und im Iran. Eine weitere „Bedrohung“ für das rankingfreundliche Königreich macht das Institut in Europa aus: Deutschland konnte beim Anteil der wissenschaftlichen Zitate und Querverweise im vergangenen Jahr gegenüber England aufholen. [922]

„International comparative performance of the UK research base“, *Evidence*, Sept. 2009

IRLAND ENTSCHIEDET ZUNÄCHST GEGEN KÜRZUNGEN IN DER BILDUNG

Dank des konsequenten Engagements der Grünen in der Regierungskoalition sind Studiengebühren in Irland zunächst vom Tisch. Nach achttägigen Verhandlungen mit dem größeren Koalitionspartner Fianna Fail über das erneuerte Regierungsprogramm wurden außerdem im Bildungsbereich 500 zusätzliche Lehrerstellen bewilligt, um die Betreuungsrelation stabil zu halten, und neue Psychologenstellen finanziert. Über die Anhebung der Einschreibegebühren soll aber im Dezember erneut verhandelt werden.

Aufgrund hoher Geburtenraten im letzten Jahrzehnt ist die Zahl der Schüler und Studenten immer weiter gestiegen, letztere wird in 2010 die Millionengrenze überschreiten. Nicht zuletzt durch den angewachsenen Unterrichtsaufwand und immer höhere Pensionsverpflichtungen sind die Bildungsausgaben im Ganzen seit 2005 um 34 % auf 9,5 Mrd. Euro gestiegen. [839]

Das erneuerte [Regierungsprogramm](#), 10.10.2009 (auf Englisch)

ITALIEN: VORSCHLAG EINER NATIONALEN FORSCHUNGSAGENTUR

Renommierte italienische Wissenschaftler schlagen die Gründung einer nationalen italienischen Forschungsagentur vor.



Das Konzept dazu hat die Gruppe 2003, ein

Gremium der weltweit meistpublizierten italienischen Wissenschaftler, zusammen mit ISSNAF, der Stiftung der italienischen Forscher in den USA, auf einer Tagung an der Mailänder Universität Bocconi vorgetragen. Im Kern geht es um ein neues Modell der *Governance* der Forschung in Italien, wobei eine unabhängige Italienische Agentur für wissenschaftliche Forschung (AIRS) die schnelle, transparente und leistungsorientierte Mittelvergabe gewährleisten soll.

Die Idee für AIRS wurde erstmals vor einem Jahr in Rom vorgestellt, ist aber im Kontext der Hochschulreform und des Sparkurses der Regierung wieder hochaktuell. [777]

[Tagungsprogramm](#) „Scienziati italiani d'Italia e USA per una nuova governance“, 21.09.2009 | [Konzept](#) der Gruppe 2003, Okt. 2008 (beide auf Italienisch)

ÖSTERREICH: SORGENKIND BACHELOR

Österreichs glänzende Fortschritte bei der Umsetzung der Bolognareform werden von veralteten Lehr- und Arbeitsmarktstrukturen konterkariert. Bald 90 % der Kurse an Universitäten (und fast 100 % an Fachhochschulen) sind auf das neue System umgestellt – aber nur 13 % der Bachelorabsolventen verlassen die Uni, um arbeiten zu gehen.

Das Wissenschaftsministerium möchte diese Quote, wie Nikola Donig, der Sprecher des Ministers, gegenüber ESNA sagte, auf 50 % steigern.

Das Problem ist zweiseitig: In den Unternehmen muss erst noch Akzeptanz für den Bachelor geschaffen werden, und die zielgerichteten Leistungsvereinbarungen, die das Ministerium jetzt mit jeder einzelnen Hochschule abschließt, um das beruflich Orientierte in den Lehrinhalten transparent zu machen, müssen erst noch Wirkung zeigen. [797]

Pressemitteilung zu den [Leistungsvereinbarungen](#), BMWF, 28.09.2009

WIEVIEL BILDUNG BRAUCHT DIE SCHWEIZ?

Das Alpenland schmiedet Zukunftspläne für das Jahr 2030. Ende September wurde das Weißbuch „Zukunft Bildung Schweiz“ vorgestellt. Diese Expertise rät, für über zwei Drittel eines Jahrgangs die Hochschulen zu öffnen (zur Zeit sind es 50-60 %), um damit den „Pool der Begabungen“ besser auszuschöpfen. Es gelte, die Breite zu stärken, um die Spitze zu fördern. Der Anteil der Bildungsausgaben am Inlandsprodukt soll auf 10 % gesteigert werden.

Die internationalen Autoren des Weißbuchs empfehlen desweiteren, an einer „Wersteigerung der Bildungsmarke Swissness“ zu arbeiten und die föderalen Strukturen im Bildungsbereich einer grundlegenden Analyse zu unterziehen, deren „kleinteiliger Partikularismus“ die Binnenmobilität hemmt und sich negativ auf Attraktivität und Transparenz des Bildungsraumes Schweiz auswirkt. [815]

Das [Weißbuch](#), Sept. 2009

SCHWEIZER STUDENTEN BEWERTEN DEN BOLOGNAPROZESS

Schweizer Studenten haben ihre Studienbedingungen und die Veränderungen durch den Bolognaprozess bewertet. Ihre Hauptkritik fasst der Studierendenverband VVS zusammen: Noch immer gibt es eine „zu starke soziale Selektion“, und sie wird verschärft durch das „in der Schweiz praktisch inexistente Stipendiensystem“ sowie durch „Anwesenheitspflichten, Assessment-Jahre und die zunehmende Verschulung“, die sich mit der Arbeit neben dem Studium nicht vereinbaren lässt.

Die landesweite, vom VVS gemeinsam mit der Rektorenkonferenz CRUS und der französischen Agentur OVE durchgeführte Umfrage ergab auch, dass „ECTS noch nicht wirklich Realität ist“ und dies die beabsichtigte Mobilität hemmt, dass Evaluierung durch Studenten, etwa Lehrerbewertungen, noch kaum stattfindet und die Schweiz von Chancengleichheit für Mann und Frau noch weit entfernt ist. Dass der Master bei Studenten wie Rektoren als der Regelabschluss angesehen wird, kann als Wohlstandsphänomen gewertet werden. [975]

„Studieren nach Bologna – die Sicht der Studierenden“, CRUS, 09.09.2009

TSCHECHIEN: MAFIÖSER TITELHANDEL

An der Rechtsfakultät der böhmischen Stadt Pilsen sollen Dutzende, zum Teil prominente Absolventen in ungewöhnlich kurzer Zeit ihre Abschlüsse erhalten haben; zahlreiche Dissertationen und Diplomarbeiten sind in der Bibliothek nicht mehr auffindbar. Der Dekan und zwei Prodekanen der Fakultät mussten wegen Plagiarismus von Dissertationen zurücktreten.

Was zuerst wie harmlose Korruption aussah, scheint sich nun zu einer Staatsaffäre auszuweiten. Die Leiterin der Untersuchungskommission Vladimíra Dvořák ging soweit, von Mafia und Gefahr für die Staatssicherheit zu sprechen: Nach einem neuen Gesetz müssen Politiker, Staatsbeamte, hochrangige Zöllner, Polizisten und Geheimdienstler einen Hochschulabschluss nachweisen, um auf ihren Posten bleiben zu können. Den erhöhten Bedarf der Staatsdiener habe die Mafia genutzt, um diese Leute erpressbar zu machen, sagt Dvořáková in einem Interview. [893]

Vladimíra Dvořáková lehrt Politikwissenschaft an der Wirtschaftsuniversität Prag und leitet seit 2004 die Akkreditierungskommission des Bildungsministeriums



Buchempfehlung

The Professional Value of ERASMUS Mobility

Kerstin Janson, Harald Schomburg & Ulrich Teichler
Lemmens Verlag 2009, 29,80 EUR

Internationalisation in general has progressed in Europe so much that the ERASMUS experience is bound to lose its exceptionality over time. This study comes to the conclusion that more ambitious curricular thrusts might be needed to turn a temporary study period abroad again into a clear 'value added'. The study also shows that temporary teaching abroad, though being a short activity in the midst of the career, is highly relevant for the academics' subsequent professional activities.

Was Bologna braucht

*Ein europäisches Editorial von David Baldinger**

Flexibilität und Offenheit

Zum Bolognaprozess und seiner schwierigen Umsetzung gibt es viel zu sagen. Es läuft manches schief, und man kann und sollte Aspekte dieser umfassenden Hochschulreform hinterfragen. Bemerkenswert an den aktuellen Diskussionsbeiträgen ist aber vor allem der auffällige Mangel an Alternativen. Wenn sich dieser Mangel mit selbstbewusst vorgetragenem Halbwissen trifft, wird es für die Qualität der Diskussion eng.

Der Bolognaprozess braucht elastische Rahmenbedingungen um in eine Bildungstradition hineinwachsen zu können, um sich zu einer lokalen Spielform entwickeln zu dürfen.

Eine Kernidee des Prozesses, Flexibilität und Offenheit, wird in der Umsetzung zum Teil von zu formalistischen Parametern konterkariert. Zu strikte Strukturen verengen dabei unnötig den Handlungsspielraum. Dabei sehen sich die Universitäten, die lange Zeit nicht in den Prozess eingebunden waren, oft Rahmenbedingungen gegenüber, die sie in der Umsetzung beschränken und zu Kompromissen zwingen. Allerdings wäre es schade und eine vergebene Chance, die Bolognareformen als bloß kosmetische Verpackungsübung zu betrachten.

Im Kern

Eine Lesart des Bolognaprozesses sieht das damit beschriebene Reformpaket als einen gemeinsamen (mittlerweile über die Grenzen Europas hinausgehenden) Versuch, die moderne europäische Massenuniversität den Anforderungen der Zeit anzupassen. Leitgedanken wie Vergleichbarkeit der Abschlüsse, Qualitätssicherung, Anerkennung, soziale Dimension, Mobilität, Transparenz oder Studierendenorientierung sollten dazu beitragen, möglichst viele junge und ältere Europäer/innen zu bilden, sie an die Hochschuleinrichtungen zu bringen, sie zu kritischen, kreativen und ja, produktiven, Bürger/innen zu machen.

Der Bolognaprozess bietet dabei eine umfangreiche Palette von Gestaltungsinstrumenten. Er zwingt zur Reflexion über die Lehre und ihre Vermittlung und greift damit ein Thema auf, das an vielen Hochschuleinrichtungen lange vernachlässigt wurde. Ob und wie Institutionen dieses Potential nützen, hängt von den ihnen gegebenen Rahmenbedingungen wie auch von ihren eigenen Möglichkeiten ab.

Es stimmt, Bologna zu strikt und ohne Phantasie umzusetzen, kann zu verschulten Modulsequenzen führen. Wenig zielführend ist es, alte Inhalte in aller Hast in neue Formen gießen. Dennoch, Modularisierung, Learning Outcomes und ECTS erlauben auch ganz neue Optionen. In einem positiven Umfeld, das dem Prozess Zeit einräumt, fördern sie etwa den Dialog zwischen den Lehrenden. Man kann den Bologna-Rahmen kreativ ausloten, interdisziplinäre Aspekte verschränken und so den Wissensdrang auf neue Weise fördern.

Wie reden wir über Bologna?

Es ist ein bekanntes Phänomen und kann auch im Bolognakontext beobachtet werden: Europäische Entscheidungen werden national nur verzögert und abgeschwächt präsentiert. Bologna war eine Erfindung der Bildungsminister/innen, ein europäisches Versprechen, das daheim oft ungern gehalten wurde.

Man hat es schlicht verabsäumt, die gerne zitierten stakeholder rechtzeitig umfassend in eine öffentliche Diskussion einzubeziehen. Das äußert sich in teils befremdlicher Unbildung zu Bologna, wenn etwa an Hochschuleinrichtungen Falschinformationen kursieren. Kurz vor dem programmatischen Jahr 2010 wissen viele Studierende kaum etwas über das zentrale Konzept der Learning Outcomes, fragen sich Professor/innen was sie denn unter Modularisierung verstehen sollten, und weiß der Arbeitsmarkt nur ungenügend, dass unter anderem speziell für ihn ein eigener Diplomezusatz (das Diploma Supplement) entwickelt wurde.

Mehr Zeit und Fokus

In der europäischen Diskussion ist es mittlerweile unbestritten, dass es mehrere Bologna-Prozesse gibt. Dagegen zitieren Bolognakritiker gern die eine grobe Bildungskeule Bologna, mit der Brüssel ein gewachsenes, vielfältiges Hochschulsystem zu bedrohen scheint. Ganz bewusst erweckt man den Eindruck eines starren und monolithischen Systems. Aber der neue Rahmen Bologna kann auch kreativ, fächerübergreifend und innovativ gefüllt werden: Er bietet Raum für Improvisation und Interpretation.

Und Bologna braucht Zeit. Zeit, um von emanzipierten Studierenden (Studierende, die auf Augenhöhe mit ihren Dozent/innen über ECTS und Learning Outcomes argumentieren), informierten Lehrenden und einer kritischen Gesellschaft in ihren Kontext übersetzt und weiterentwickelt zu werden.

Der Bolognaprozess darf nicht zu einer bürokratischen Übung werden. Sein Erfolg misst sich nicht an teilnehmenden Staaten oder dem nationalen Umsetzungsgrad, sondern daran, wie erfolgreich, kreativ und innovativ die neuen Absolvent/innen mit den Herausforderungen der Zukunft umgehen.

Fazit

Polemische Diskussionen ohne konstruktive Ansätze bringen nichts. Im Gegenteil: Durch sie driftet die Debatte ab und es droht ihr die Luft auszugehen. Der Bolognaprozess ist Teil der heutigen Hochschullandschaft, und die durch ihn aufgeworfenen Themen werden so schnell nicht wieder verschwinden; sie werden bestenfalls unter einem neuen Namen wieder aufscheinen.

Die in der Auseinandersetzung teils zur Schau gestellte trotzige Verweigerungspose ist deshalb nicht nützlich. Sie verweigert und zitiert ein verklärtes goldenes Zeitalter der europäischen Universität. Eine Diskussion, die Bologna kritisch betrachtet, muss sich aber den aktuellen Herausforderungen stellen. Sie braucht informierte Teilnehmer/innen, die die täglichen Herausforderungen an den Hochschuleinrichtungen kennen: So kann der Bolognaprozess mitgestaltet und verändert werden.

** David Baldinger leitet die Bologna-Servicestelle Österreichischen Akademischen Austauschdienstes (oead) in Wien.*